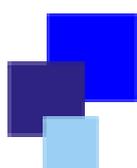


MIETERLADEN

INFO 02/2012



Dies ist das Infoblatt, welches die seit Okt. 1992 erschienene Stadtteilzeitung Bänisch-Echo ersetzt. Es erscheint unregelmäßig in kleiner Auflage und als pdf im Internet.



UBI KLIZ EV

gemeinnützig im Sinne der Förderung von Verbraucherschutz /-beratung, Kultur, Völkerverständigung und Volksbildung

Mieterberatung & Information

Mo 18 - 20 + Do 19 - 20 Uhr offene Beratung
(Anwälte nur für Mitglieder der BMG eV)

ALG I + II & Rentenberatung

(Anwältin vom Arbeitslosenverband)
jeden 3. Mittwoch im Monat 19 - 20 Uhr
Bitte melden Sie sich telefonisch an!

Initiative gegen Rechts

Register Friedrichshain-Kreuzberg

jeden 1. Die / Monat um 19 Uhr

Register Friedrichshain

Do 19 - 20 Uhr

Berl. Bündnis für Mumia Abu-Jamal

Di 20 Uhr (Arbeitstreffen)

BO Samariterkiez Die Linke

jeden 4. Fr / Monat um 19 Uhr

nicht öffentlich finden derzeit statt:

- Poesiewerkstatt
- Arbeitstreffen der Erwerbsloseninitiative

Berliner MieterGemeinschaft

Möckernstraße 92, 10963 Berlin

www.bmgev.de

Grünberatung 2012

Wer Fragen zur Antragstellung von Fördermitteln für Hofbegrünung oder zu Fassaden-, Hof- und Baumscheibengestaltung hat, dem steht die Sprechstunde mit Jeanine Fornaçon (Dipl.-Ing. Landschaftsplanung, FLL – Baumkontrolle) bis Mitte Oktober zur Verfügung. Das Programm ‚Grüne Höfe‘ ist gefördert durch das Bezirksamt.

Grünberatung Friedrichshain
im Selbsthilfetreffpunkt

Boxhagener Str. 89, 10245 Berlin

Donnerstag 18 - 19.30 Uhr / Tel.: 030 - 29 18 348

Grünberatung Kreuzberg

Bergmannstr. 14, 10961 Berlin

Dienstag 18 - 19.30 Uhr / Tel.: 030 - 6273 5703

Die Grünberatung ist ein Projekt des Stadt-teilausschuß Kreuzberg e. V.



Die grüne Suchmaschine ist eine echte Alternative zu „Google“. Suchen und Gutes tun - einfacher geht es kaum. Also "Ecosia" einfach mal ausprobieren, denn 80 % der Einnahmen kommen dem Regenwald zu Gute. Ein bisschen blöd ist, daß wir nicht wissen, ob wir uns mit dieser Information bereits mit einem oder beiden Füßen im Knast befinden könnten, denn...

...es gibt ja dieses unsägliche europäische ACTA-Gesetz gegen geistige Freiheit und das freie Internet - auch wenn es derzeit „ausgesetzt“ ist, ist es nicht vom Tisch.

www.youtube.com/watch?v=yWqta3S9vcc&feature=player_embedded oder netzpolitik.org
Auch darüber sollte Mensch nachdenken!!!

Impressum: UBI KLIZ e. V. / Mieterladen
Kreutzigerstraße 23, 10247 Berlin
V.i.S.d.P.: H. Weingarten

Rechtsextremismus ist kein Kavaliersdelikt, sondern menschenfeindlich!



offenes Treffen

1. Di im Monat/ 19 Uhr

Kreutzigerstr. 23

www.initiative-gegen-rechts.de



Register Friedrichshain-Kreuzberg

Do/ 19-20 und 1. Di im Monat/ 19 Uhr

Kreutzigerstr. 23

www.register-friedrichshain.de

Wir sind in viele Richtungen aktiv, z. B. sind wir am 29.05.12 in die Holzkirche in der Richard Sorge Str. zu einem Infoabend eingeladen, beteiligen uns an einem derzeit in Aufbau befindlichen bezirklichen Netzwerk und planen "den Einsatz" auf der Biermeile 2012 im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft.

Wir wollen sichtbar machen, was sich tagtäglich, oft unsichtbar, abspielt und mit Dir / Ihnen gemeinsam Gegenstrategien entwickeln. Wir sind eine Initiative, die sich Anfang 2006 gründete und für die Arbeit 2010 mit dem „Sonderpreis Band für Mut und Verständigung“ von Berlin-Brandenburg ausgezeichnet wurde.

Wir arbeiten z. B. mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus und der Opferberatungsstelle ReachOut Berlin und vielen weiteren Partnern zusammen, die uns beraten und aktiv unterstützen.

Einen kleinen Überblick gibt unsere Broschüre, die zum 6jährigen Bestehen im Februar 2012 erschien (<http://initiative.register-friedrichshain.de/sites/default/files/6JahreIGR.pdf>) die auch als Print im Mieterladen und anderen Stellen ausliegt.

Wie alle engagierten Initiativen haben auch wir das Problem, daß viel Arbeit auf wenigen Schultern liegt. Daher suchen wir nach weiteren MitstreiterInnen. Lernt uns kennen, stellt Eure Fragen, kommt zu unseren offenen Monatstreffen.

Diese wollen wir im Jahr 2012 über den regelmäßigen Austausch und die Planung von Aktionen hinaus erweitern mit thematischen Filmen und Vorträgen. Daher interessiert uns, worüber bei Dir / bei Ihnen mehr Informationen erwünscht sind.

Staatspolitik ist Militärpolitik.
Staatspolitik ist Finanzpolitik.
Bürgerpolitik ist Pipifax.

Roland Tschernau

Berliner Mietenstopp-Bündnis
www.mietenstopp.blogspot.de

Bis zur „grünen Wiese“ sind es 110 Jahre – Das Atomkraftwerk in Rheinsberg

Der DDR-Bürger kennt das Atomkraftwerk Rheinsberg noch mit einer Abbildung des Reaktor-Leitstandes vom 10 Mark Schein.

Mitten im brandenburger Seengebiet wurde der 70 Megawatt-Meiler ab 1960 errichtet. 1990 erfolgte die Stilllegung aufgrund massiver Sicherheitsbedenken. 1995 begann der Abriß, der noch ca. 60 Jahre dauern wird. Das Finanzministerium geht davon aus, daß bis 2013 der Abriß des unterirdischen Atommülllagers für feste und flüssige Abfälle erfolgen könnte. Die Demontage der nuklearen Teile wird bis 2014 dauern und die 2010 begonnene Dekontamination des Gebäudes könnte im Jahr 2018 beendet werden.

Der Abriss von Atomkraftwerken ist aufwendig, dauert sehr lange und kostet deutlich mehr als geplant. Die Entsorgungskosten des Abrißes in Rheinsberg liegen schon jetzt 50 % über der Planung. Ursprünglich geplant waren bis 2010 ca. 479 Mio Euro. Die Gesamtkosten schätzt das Ministerium jetzt auf bereits 600 Mio Euro. Würde man das bedeutend größere Atomkraftwerk in Lubmin (bei Greifswald) mit dazu rechnen, summieren sich die Rückbaukosten auf ca. 3,2 Mrd Euro zu Lasten der Steuerzahler, denn die Zahlen die Zeche. Darüber hinaus muß mindestens 60 Jahre lang vom Staat si-

cher gestellt werden, daß die strahlenden Bestandteile der Ruinen nicht in falsche Hände geraten und niemand Schaden nimmt.

Die Energiewerke Nord (EWN), die zu 100 % dem Bund gehören, wickeln den Rückbau in Rheinsberg ab. Die Entlassung aus dem Atomgesetz kann dem Ministerium zu folge erst 2069 beginnen. Erst dann sind alle radioaktiv verseuchten Teile vom Standort verschwunden und der Beton kann als Bauschutt abtransportiert werden. Dem voraus geht eine 50jährige „Verwahrzeit“ einher mit dem Abriß des Hauptgebäudes.

Dies macht deutlich, daß die explodierenden Kosten für Atomkraft in eine endlose Kette einzureihen sind, die systematisch auf die Gesamtbevölkerung abgewälzt werden und diese trägt auch die Risiken. Parallel fahren die Betreiber der Atomkraftwerke für ihre Anleger riesige Gewinne ein.

Um so wichtiger ist es, daß jede/r sich seiner Verantwortung bewußt wird. Schon jetzt kann man auf z. B. www.x-tausendmalquer.de oder www.ipnw-hamburg.de informieren, was Atomkraft bedeutet und welche Aktionen bundesweit laufen. Werden Sie aktiv und zwingen sie die weltweite Atomlobby zum Aufgeben – und wenn es nur ein Aufkleber am Auto ist – auch der hilft beim Umdenken.



Schokoladen vor Räumung gerettet!?

Aufatmen in der Ackerstraße 169 in Berlin-Mitte! Eine Stiftung soll jetzt das Grundstück des Schokoladens kaufen und mit der Location einen neuen Pachtvertrag schließen. Der bisherige Grundstückseigentümer, der den Schokoladen eigentlich von seinem Grundstück jagen wollte, bekommt dafür vom Liegenschaftsfond Berlin ein anderes Grundstück zum Tausch, so der Plan. Alle Einzelheiten zur aktuellen Entwicklung im Fall "Schokoladen" hat Redakteurin Amelié parat:

www.bln.fm/2012/02/schokoladen-loesung-mit-einigen-unbekannten

Neonazi-Website auf dem Index

Auf der Website des sogenannten rechtsextremen "Nationalen Widerstands" werden linke Personen als "Hasspersonen" gelistet. 23 von ihnen wurden bereits Opfer von Straftaten. Auch "linke Läden" sind gelistet. Es kam wiederholt zu Angriffen auf diese.

Mitte Januar wurde die Internetseite offiziell indiziert. Bei großen Suchmaschinen ist sie nicht mehr zu finden. Wer jedoch die Webadresse kennt, der findet sie auch weiterhin. Der Server der Firma Dreamhost steht in den USA und scheint für deutsche Behörden nicht erreichbar zu sein.



Zumindest bis zum 31.01.2012 wurde in den USA nicht um "Amtshilfe" gebeten. Weil man nicht kann oder nicht will?! Die Frage bleibt nach wie vor offen, denn die Forderung zum Tätigwerden an die entsprechenden Behörden besteht seit vielen, vielen Monaten.

Offen bleibt nicht, daß deutsche Behörden das Thema scheinbar nicht ernst meinen, denn die gelisteten Personen wurden mit Formscheiben angeschrieben, die ein Hohn waren und in denen mitgeteilt wurde, daß keine Gefahr besteht.

Einladung zum 1. Vorbereitungstreffen für Aktionen gegen die "Jahrestagung Immobilienwirtschaft" im Juni 2012 in Berlin

Liebe Freundinnen und Freunde, das letzte Jahr brachte viel Dynamik in die Stadt(politik). Der Widerstand gegen die verschärft marktorientierte Berliner Stadt-Verwertung war vielfältig und hat nicht zuletzt durch die Mietenstopp-Demo eine breite Öffentlichkeit erreicht. Hinzu kamen viele Einzelinitiativen von MieterInnen, Hausbesetzungen wie in der Schlesischen Straße 25, Infoveranstaltungen, Aktionen gegen den Mietspiegel, Hartz IV und rassistische Ausgrenzung. Aktuell wird an verschiedenen Orten daran gearbeitet, dass es 2012 mindestens so weitergeht.

Ein wichtiger Anlass für Aktionen könnte die vom Handelsblatt ausgerichtete „Jahrestagung Immobilienwirtschaft“ am 18./19. Juni 2012 sein. Die Veranstaltung im Ritz Carlton Hotel am Potsdamer Platz bietet sich aus verschiedenen Gründen an: In der Stadt der am schnellsten steigenden Mieten treffen sich InvestorInnen, MaklerInnen und AnalystInnen mit dem Minister für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung. Das Lobbyvernetzungstreffen dreht sich um „Immobilien-trends für Capital Raiser“, „Sanierungsstrategien“ und den Immobilienmarkt als „Save Haven“ für InvestorInnen. An dieser Schnittstelle von Politik und Immobilienwirtschaft werden also die Anlagestrategien von morgen geplant, mit dabei vermutlich die drei großen börsennotierten Wohnungsbaugesellschaften Gagfah, Deutsche Wohnen/Gehag und GSW und andere, wie die Taekker Group, Patrizia Immobilien und wie sie alle heißen. Eine gute Gelegenheit, um auf unterschiedli-

che Weise unsere Wut über die Vermarktung unseres Lebensraums auszudrücken und - eine Woche vor den Sommerferien - ein guter Zeitpunkt für Aktionen einer Gegenöffentlichkeit: von Imageschädigung bis zu Aktionen zivilen Ungehorsams.

Im Vorfeld sollten die Mobilisierung und unterschiedliche Aktionsformen koordiniert werden zu Themen, wie „neue Finanzanlagen (REIT's) für Wohnimmobilien“, „Investoren übernehmen die Stadtplanung“, „Gentrifizierung/Verdrängung“, „Folgen der Privatisierung“, „Modernisierung/ Energetische Sanierung als Geschäft für Bauwirtschaft und Energiekonzerne (Vattenfall)“, die Themenpalette ist beliebig erweiterbar. Die Vorbereitungen könnten weitere Impulse für langfristige Aktivitäten in der Stadt auslösen und befördern. Um das alles in einem ersten Vorbereitungstreffen zu besprechen, würden wir uns freuen, wenn ihr möglichst zahlreich am Freitag, dem 2. März um 18 Uhr in den „Blauen Salon“ in den Mehringhof kämt, damit wir gemeinsam loslegen können.

Mit solidarischen Grüßen FORUM WOHNUNGSOT
forumwohnungsnot@web.de

Wir sind Aktive aus verschiedenen stadtpolitischen und linksradikalen Zusammenhängen und haben uns angesichts der akuten Wohnungsprobleme in Berlin Aktionen zum gesamt - städtischen Verwertungsprozess vorgenommen.

Vorlagebeschluß des Sozialgericht Berlin zu den Regelleistungen beim Bundesverfassungsgericht

In die Diskussion um die Höhe der Regelleistungen kommt wieder Bewegung. Das SG Berlin hat am 25.04.12 einen Vorlagebeschluss zum BVerfG gemacht. Pressemitteilung des SG Berlin: www.berlin.de/sen/justiz/gerichte/sg/presse/archiv/20120425.1035.369249.html

In diversen Internetforen wird nun diskutiert, Widerspruch gegen die Leistungsbescheide einzulegen und Überprüfungsanträge für die Vergangenheit durchzuführen. Dazu eine kurze Position von meiner Seite: Die Aussichten, daß das BVerfG die Regelleistungen rückwirkend für verfassungswidrig erklärt, sind gleich null, das hat auch das SG Berlin klar gesagt: „Die Leistungen sind nicht evident unzureichend“. Das BVerfG wird,

wenn überhaupt, dem Gesetzgeber für die Zukunft Änderungs-„Hausaufgaben“ mitgeben. Anstatt falschen Hoffnungen hinterherzurennen, sollten die 7 Mio. Hartz IV-Bezieher ihre Kraft dafür einsetzen, auf die Straße zu gehen und für ihre Rechte zu streiten, klarmachen, daß das Aushungern und Drangsalieren genug sind und Betroffenenorganisationen aufbauen. Hier die Entscheidung des SG Berlin: <https://sozialgerichtsbarkeit.de/sgb/esgb/show.php?modul=esgb&id=151517&s0=&s1=&s2=&words=&sensitive>

Harald Thomé

Fachreferent für Arbeitslosen- und Sozialrecht

www.harald-thome.de

Dresden Nazifrei dankt allen BlockiererInnen!

Wir blicken auf eine ereignisreiche Woche zurück. Am Montag, den 13. Februar, hatten wir zu Blockaden des Fackelmarschs der Nazis aufgerufen. Mehr als 6.000 von Euch/Ihnen folgten unserem Aufruf und blockierten an zwei zentralen Punkten, dem Sternplatz und dem Platz vor dem World Trade Center in Dresden (Freiberger Straße / Ammonstraße) die Strecke, so dass die Polizei den Nazis lediglich eine 1200m lange Strecke frei halten konnte. 2.500 Menschen beteiligten sich früher am Tag am Mahngang „Täterspuren“ und stellten klar, dass Dresden keine unschuldige Kulturstadt, sondern Teil des mörderischen Nazisystems war. Damit wurden unsere Erwartungen bei weitem übertroffen. Vielen Dank für Euer/Ihr Interesse und Beteiligung.

Bereits vor Wochen war der Nazigroßaufmarsch am 18. Februar aufgrund unserer erfolgreichen Intervention abgesagt worden. Trotzdem waren wir auf alles vorbereitet. Doch der 18. Februar blieb in Dresden nazifrei. Stattdessen nahmen weit mehr als 10.000 Menschen aller Spektren an einer Großdemonstration teil, die sich in einem langen Zug quer durch die Innenstadt bewegte. Unter dem Motto „Gegen Nazis - für einen antifaschistischen Konsens“ wandten sich die TeilnehmerInnen nicht nur gegen den ehemaligen Naziaufmarsch in Dresden, sondern vor allem gegen die Kriminalisierung antifaschistischem Engagement durch die Staatsregierung und Ermittlungsbehörden in Sachsen. Rechtswidrige Hausdurchsuchungen, Einsatz von Schnüffelparagrafen, die Funkzellenabfrage, Immunitätsaufhebungen und das Schweigen und Leugnen der Politik sprechen eine deutliche Sprache. Nach Zwischenkundgebungen an der Polizeidirektion und am Innenministerium endete unsere Demonstration am Haus der Begegnung. Das HdB war letztes Jahr im Zuge der erfolgreichen Blockaden von SEK-Spezialeinheiten gestürmt und die Anwesenden unter teils menschenunwürdiger Behandlung festgenommen worden. Noch immer wird gegen alle Anwesenden nach §129 Bildung einer

kriminellen Vereinigung ermittelt, obwohl die Aktion bereits im Oktober 2011 für rechtswidrig erklärt wurde. Im Februar 2012 ist für uns klar geworden, in Dresden hat sich einiges verändert. Nicht nur haben wir die Nazis in diesem Jahr erfolgreich von unseren Straßen verjagt, auch haben wir eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für unser Konzept des massenhaften Zivilen Ungehorsam geschaffen. Dies war nur durch eine neuartige Zusammenarbeit aller politischen Spektren und gesellschaftlichen Kräfte möglich. Eine detaillierte Auswertung steht noch aus, aber schon jetzt möchten wir uns bei allen, die uns in den letzten drei Jahren durch ihren Einsatz und ihre Unterstützung begleitet haben, sehr herzlich bedanken.

Dabei erinnern wir aber auch daran, dass engagierte Antifaschistinnen und Antifaschisten am 18. Februar in Worms, Fürth und Gera Ersatzaufmarschversuche der Nazis erfolgreich unterbanden oder behinderten. Ihnen gilt unser solidarischer Dank. Das nur 400 Nazis sich bundesweit an diesen Ersatzveranstaltungen für Dresden beteiligten, verdeutlicht das Ausmaß ihrer Niederlage. Gleichzeitig erinnern wir daran, dass 2013 erneut ein Naziaufmarsch in Dresden zu erwarten ist. Auch in anderen Städten versuchen sie ihre geschichtsrevisionistischen Thesen auf die Straße zu tragen. Deshalb sagen wir: Naziaufmärsche stoppen - in Dresden und überall! Unterstützt auch die Mobilisierung in anderen Städten.

Wie geht es weiter? Bereits am heutigen Mittwoch fand in Dresden erneut ein Prozess gegen einen Blockierer vom letzten Jahr statt. Die Repression hört nicht auf, nur weil in diesem Jahr Behörden und Polizei zurückhaltender agierten. Wir werden alle Betroffenen weiterhin solidarisch unterstützen. Deshalb bitten wir auch Euch/Sie, spendet/spenden Sie für die Betroffenen. Mit den Geldern werden AnwältInnen und Prozesskosten mitgetragen.

Mit antifaschistischen Grüßen, Dresden Nazifrei!
www.dresden-nazifrei.com